



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/153 - 11. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Theorie und Praxis Zur Genfer Konferenz der Atomwissenschaftler	66
3	Malinowski in der Zone Nun sowjetische Raketerabschußbasen in der DDR	45
4 - 5	Überwinden wir den "Barras"? Die "Innere Führung" und ihr neuer Chef	99
6	Milchkuh Bundesrepublik Nun auch Stationierungskosten für Frankreich?	48

* * * * *

* * * * *

Theorie und Praxis

G.M. Als vorsichtiges Abtasten der bei Kontrollen von Atombombenversuchen anzuwendenden Methoden könnte man den bisherigen Verlauf der Genfer Sachverständigenkonferenz aus Ost und West bezeichnen. Das erste Ergebnis dieser Besprechungen findet seinen Niederschlag in einem Kommuniqué, in dem gesagt wird, daß die akustische Methode zur Feststellung von geheimen Kernexplosionen einzubeziehen sei.

Ein weiteres Ergebnis der ersten Etappe dieser Konferenz ist die Forderung der Wissenschaftler, ein Netz von Kontrollstationen in den an der Atomkonferenz teilnehmenden Ländern zu errichten.

Wie zu erwarten war, knüpfen beide von den Wissenschaftlern in Ost und West als sachliche Voraussetzungen für die Kontrollmöglichkeiten von geheimen Atomwaffenversuchen getroffenen Feststellungen an jene Themen an, die auch schon während der Außenministerkonferenz im Spätherbst 1955 in Genf erörtert wurden. Auch damals war kurz vor dem Scheitern der Konferenz davon die Rede, daß man zur Überwachung einer militärisch entschärften Zone in Europa Kontrollstationen in einem bestimmten Gebiet diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges einrichten sollte. Seinerzeit ging es allerdings mehr um die Überwachung des Luftraumes, während jetzt außer der Luftraumüberwachung auch die unmittelbare Kontrolle von Atomexplosionen angesprochen wird.

Es ist anzunehmen, daß die in Genf versammelten Wissenschaftler auch in anderen theoretischen Fragen zu einer gemeinsamen Auffassung gelangen werden. Schließlich verfügen die Physiker in Ost und West über die fast gleichen wissenschaftlichen Erkenntnisse und werden infolgedessen auch zu den gleichen Schlußfolgerungen gelangen. Das ist aber nur die Theorie. Die Praxis - die Durchführung und Anwendung wissenschaftlich-theoretischer Erkenntnisse in der praktischen Politik - dürfte nach wie vor eine Angelegenheit der Politiker bleiben.

In dieser Beziehung tappt man noch völlig im Dunkeln. Die Russen wollen bekanntlich, daß bereits auf der jetzt stattfindenden Genfer Konferenz oder mindestens aufbauend auf deren Beschlüssen, politische Konsequenzen gezogen werden. Die Amerikaner dagegen meinen, die erste

Etappe von Verhandlungen über Kontrollmöglichkeiten sollte theoretischen Erwägungen gewidmet sein. Da beide Seiten wissen, welche furchtbaren Konsequenzen das sture Beharren auf dem gegenteiligen Standpunkt haben könnte, begnügen sie sich - im Augenblick wenigstens - mit der Erwähnung dieser Standpunkte, ohne diese zur Vorbedingung zum Weiterverhandeln zu machen.

Wir erleben an diesem Beispiel wieder einmal, wie schon so oft in der jüngsten Vergangenheit, daß die Theorie mancherlei Hinweise auf die Lösung großer politischer Probleme gibt, daß die politische Praxis jedoch den theoretischen Erkenntnissen nachhinkt. Das ist genau so mit der theoretischen Erkenntnis der Wissenschaftler, daß Ost und West heute schon über genügend atomare Waffen verfügen, um die Welt in wenigen Minuten völlig verseuchen und zerstören zu können. Trotzdem meinen manche Politiker, das Maximum an Aufrüstung mit nuklearer Waffen sei noch nicht erreicht. Die inneren Widersprüche, die sich aus den richtigen theoretischen Erkenntnissen der Wissenschaftler und der politischen Praxis der Staatsmänner ergeben, sind die alles belastende Hypothek des heutigen Weltgeschehens. Sie sind der Alpdruck, der auf den Menschen in allen Ländern lastet, und den zu entfernen sich die Wissenschaftler bis heute vergeblich bemüht haben.

Es sollte daher eine Forderung unserer Zeit sein, den Wissenschaftlern das Rückgrat zu stärken und ihrer Arbeit das Echo und die praktisch-politische Wirksamkeit zu geben, die sie verdient. Manche Politiker der Vergangenheit und Gegenwart haben das "Recht" zu einer falschen Politik aus dem Unvermögen hergeleitet, wissenschaftliche Großtaten und Erkenntnisse in der praktischen Politik wichtig und zum Wohle der Menschheit zu verwerten.

Diese Überlegungen drängen sich auf, wenn man wieder einmal feststellen muß, daß - wie zurzeit in Genf - theoretische Erkenntnisse zur Vermeidung eines großen Unheils zwar gegeben sind, Politiker und Staatsmänner jedoch zögern, diese Erkenntnisse in der Praxis zu verwerten.

Malinowski in der Zone

sp - Schneller als erwartet stellen sich die Folgen des 6. Juli ein. Im Ergebnis der Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen, die der CDU eine absolute Mehrheit im Düsseldorf Landtag brachten, sieht Adenauer eine Bestätigung seiner Rüstungspolitik und ein Ja zu Atomwaffen. Er befindet sich hier in Übereinstimmung mit den Amerikanern und den Sowjetrussen. Die Vereinigten Staaten, ermuntert durch das Ergebnis des 6. Juli, werden nun mit aller Kraft die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen vorantreiben und die Sowjetrussen stellen sich auf die zu treffenden Abwehrmassnahmen ein. Der Rüstungswettlauf auf deutschem Boden - nunmehr auch mit atomaren Waffen - kann fortgesetzt werden ...

In den Rahmen der Abwehrmassnahmen gehört der Aufenthalt des sowjetischen Verteidigungsministers Malinowski in der Sowjetzone. Die offizielle Version heisst, er verbringe seinen Urlaub in Ostberlin. In Wirklichkeit jedoch - und es gehört nicht viel Phantasie dazu, dies zu erraten - untersucht Malinowski die Möglichkeiten der Errichtung von Raketenabschussbasen im Gebiete der DDR. In vielen Deklarationen hat die Sowjetunion angekündigt, sie werde die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen nicht widerspruchlos hinnehmen und entsprechend darauf reagieren.

Wir Deutsche sollten es inzwischen eingesehen haben, wie falsch es ist, derartige Ankündigungen auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Bildung der Bundesrepublik beantwortete Moskau mit der Bildung der sogenannten DDR, die Aufstellung der Bundeswehr mit der Schaffung der "Volksarmee", die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atlantische Verteidigungssystem mit der Einbeziehung der DDR in den Warschauer Pakt. Nunmehr folgt der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen der unvermeidliche Gegenzug mit der Errichtung von Raketenabschussbasen in Mittelddeutschland unter sowjetischer Kontrolle.

Aus der Verwandlung des gespaltenen Deutschland zum Atomaufmarschgelände der Grossmächte kann zur Unheil entstehen. Sie widerspricht jeder politischen Vernunft, sie opfert die deutsche Wiedervereinigung und bringt das deutsche Volk in die Gefahr eines schrecklichen Unterganges. Es ist in diesem Zusammenhang völlig belanglos, ob auch die Streitkräfte der DDR selbst mit atomaren Waffen ausgerüstet werden - die Russen mögen viele Gründe haben, die "Volksarmee" des Herrn Ulbricht nicht mit derartigen Vernichtungswaffen zu versehen - entscheidend bleibt doch, dass sich nun die Sowjetunion selbst auf deutschem Boden zu Gegenschlägen mit Atomwaffen rüstet. Erste Ziele werden die in der Bundesrepublik errichteten und noch zu errichtenden Raketenabschussbasen sein. Der sowjetrussische Verteidigungsminister versteht als ein tüchtiger Marschall des zweiten Weltkrieges sein Handwerk. Er wird, sofern die Politiker nicht zu der Einsicht kommen, dass es besser ist, beide Teile Deutschlands doch noch von Atomwaffen freizuhalten, ganze Arbeit leisten können.

Überwinden wir den "Barras"?

BE. - In einem der unerfreulichsten der zahlreichen, aus allgemeinen Steuergeldern finanzierten "Wehrwerbe"-Organen, der in München unter offizieller redaktioneller Mitarbeit eines Bundeswehrrhauptmanns erscheinenden Monatsschrift "Wehr und Heimat", war in einem Artikel "Weltanschauung in Uniform" (Juni-Heft) u.a. von der "Ideologie der Bundeswehr" zu lesen. Der Bundeswehr wurde dabei die Aufgabe zugeteilt, eine "Schule der geistigen Widerstandskraft gegen die Unfreiheit" zu sein, und unter "unfrei", so sagt es in einem anderen Artikel der Bundeswehroberst Erich Vorwerck, sei ganz einfach und schlicht "rot" zu verstehen.

Am 28. Februar 1958 betonte der erste Leiter der Unterabteilung "Innere Führung" im Bundesverteidigungsministerium, Oberst Graf Baudissin, in einem Abschiedsgespräch vor dem Bayerischen Rundfunk sehr nachdrücklich seine Sorge, daß sich die geistige Rüstung der Bundeswehr im Antikommunismus erschöpfen könnte, also in einer bloßen Anti-Haltung, weil das de facto der Beginn eines totalitären Denkens in der Truppe wäre. Das uns Entgegengesetzte dürfe auch nicht etwa nur die kommunistische Erscheinungsform sein, sondern jeder Totalitarismus, also auch eine rechtstotalitäre Haltung, die in schwarz-weiß-roter Verpackung komme.

*

Die in dieser Gegenüberstellung erkennbar werdende Problematik und selbstverständlich der ernsthafte und tiefgründige Versuch, sie im positiven Sinne zu bewältigen, gehört mit zu den Kernaufgaben der Unterabteilung "Innere Führung", die inzwischen aus den Händen des Grafen Baudissin, dessen Namen für die Gutwilligen immer mit dieser "Inneren Führung" verbunden sein wird, in die Hände seines Nachfolgers, des Luftwaffen-Obersten Henning Wilcke, übergegangen ist. Baudissin übernimmt die Führung einer Kampfgruppe, eine Regelung, die er selbst als gut bezeichnet hat, weil er so Gelegenheit bekommt, die von ihm als hauptverantwortlicher Stelle mitentwickelten Thesen selber in der Praxis zu prüfen.

Es war ja einer der Zentralvorwürfe seiner Gegner, die sich nicht nur im inaktiven und aktiven Freundeskreis der "Deutschen Soldaten-Zeitung" finden, daß dem "Reformer-Grafen" die Truppenpraxis fehle. Nicht zuletzt dieser mangelnden Truppenpraxis halber wurde Baudissin von Strauß in die Truppe geschickt. Baudissins Nachfolger war bis 1940 Staffelführer in einem Kampfgeschwader. Von da an bis zum Kriegsende war Wilcke Generalstabler und von März 1956, seinem Eintritt in die Bundeswehr, bis zu jenem 28. Februar 1958, an dem Strauß dem Stellv. Befehlshaber und Leiter des Stabes des Wehrbereichs II Hannover mitteilte, er sei der Nachfolger Baudissins, war Wilcke ebenfalls nicht wieder in der Truppe gewesen. Das hat er inzwischen in Rundreisen durch die einzelnen Waffengattungen nachgeholt. Bei dieser Gelegenheit hat er sich auch mit der "Inneren Führung" bekanntgemacht.

*

Man sagt, Wilcke sei sehr überrascht gewesen, als ihm der Verteidigungsminister am 28. Februar 1958 in Bonn die Leitung der Unterabteilung "Innere Führung" übertragen habe; eine Position notabene, die mit einem Brigadegeneral zu besetzen ist, einen Dienstgrad, den Baudissin nicht erreicht hat. Der künftige Luftwaffen-Brigadegeneral Wilcke war dem Minister, nachdem man lange nach einem Nachfolger für Baudissin im

Lande Umschau gehalten hatte, von dem Stabschef im Bundeswehrführungsstabs, dem Luftwaffen-Brigadegeneral Panitzki, empfohlen worden. Die Mitteilung des Ministers schloß jeden Widerspruch aus; Wilcke trat seinen Weg nach Bonn an.

*

Die Unterabteilung "Innere Führung", die trotz ihrer herausragenden Bedeutung von nicht wenigen Ministerial-Offizieren nur als eine Abteilung neben anderen angesehen wird, hat mit dem Dienstantritt des neuen Leiters sofort eine wichtige Ausweitung erfahren. Ein neues Referat "Persönliche Ergänzung und Planung" soll dem Minister, dem Generalinspekteur und der Personalabteilung in der Personalpolitik beratend zur Seite stehen.

Oberst Wilcke ist mit Elan an seine neue Aufgabe herangegangen. Nach seinen Plänen soll zumindest jeder künftige Stabsoffizier durch die Bundeswehrschule für "Innere Führung" gehen - wir meinen: jeder künftige und jeder aktive Offizier müßte, und nicht nur einmal in seinem Berufsleben, nach Koblenz kommandiert werden! -; er will die Truppenbetreuung verbessern; er will sich mehr um den Sport kümmern und er will die "Informationen für die Truppe" aktualisieren.

Das klingt sehr schön; es klingt nur ein bißchen nach Äußerlichkeit, nach Betrieb; was nicht heißen soll, daß es nach "Türkenbäuen" aussieht. Aber "Innere Führung" ist eben mehr als Äußerlichkeit, es ist der Brennpunkt aller aus einem eraster und besorgten Anliegen erstandenen Versuche, unter Überwindung des "Barras" eine Bundeswehr entstehen zu lassen, in der der selbstverständliche, aus der Vernunft geborene militärische Gehorsam eine enge und unauflösbare Verbindung mit der demokratischen Menschenwürde eingegangen ist. Die Leute, die der "Inneren Führung" spottend den abwertenden Spitznamen "Weiche Welle" anhängten, haben von dem wirklichen Sinn und der verpflichtenden Aufgabe dieser "Inneren Führung" auch nicht einen Hauch verspürt.

"Innere Führung" ist aber auch der Appell an jeden Vorgesetzten, vornehmlich an jeden Offizier, über das enge Ressortdenken hinauszuschauen und sich in politischer und staatsbürgerlicher Mitverantwortung jederzeit auch mit Volk und Staat verbunden zu fühlen und zu wissen. Diese Mitverantwortung trägt der Offizier auch für seine Soldaten, die er keiner einseitigen politischen Beeinflussung aussetzen darf und denen er klarmachen muß, daß sie Soldaten in einem geteilten Volk und Staat sind und Angehörige der Streitkräfte eines Provisoriums.

Dies und mehr noch erfordert klare Grundlagen, klare Voraussetzungen, klares Wissen und klares Wollen. Mit Betriebsamkeit und dem Motto "Seid nett zueinander" ist gar nichts getan.

*

Der neue Mann ist an die Arbeit gegangen. Sein Handicap ist groß, bei den Gutwilligen und bei den Böswilligen. Die Gutwilligen werden ihm helfen, weil es ihnen um die Sache geht. Er soll dabei nicht vergessen, daß das große Prestige, das sein Vorgänger hatte, nicht aus einem Befehl entstanden ist. Zur Bewältigung dieser Aufgabe gehört - das wird Wilcke noch erfahren, oder hat er es gar schon? - sehr viel Standhaftigkeit, vor allem auch politischer Art. Und die Öffentlichkeit wird jeden Schritt beobachten und kontrollieren.

Noch steht auch das Wort des Ministers, daß Baudissin nach seinem Truppenkommando wieder in die "Innere Führung" zurückkehren soll. Wenn der Oberst Wilcke bis dahin seine für die Demokratie notwendige und wichtige Arbeit ordentlich gemacht hat, dann hat er viel getan.

11. Juli 1958

Milchkuh Bundesrepublik

sp - Nun wird auch Frankreich, wie zu erwarten war, an Bonn die Forderung nach Zahlung von Stationierungskosten stellen. Es stützt sich dabei auf ein Gutachten einer Sachverständigengruppe der NATO, das zu dem Schluss gelangte, die Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik stelle für Frankreich eine schwere Devisenbelastung dar. Es ist dies die gleiche Begründung, auf die sich seinerzeit die Briten beriefen, als sie ihren Anspruch auf Zahlung solcher Stationierungskosten anmeldeten und ihn auch dank der Nachgiebigkeit der deutschen Verhandlungspartner durchsetzten. Diese hatten zwar - und das stellt offizielle Äusserungen von Bundesministern in ein sehr fragwürdiges Licht - vorher wiederholt bekundet, sie dächten nicht daran, dem britischen Begehren Folge zu leisten. Zur Überraschung der deutschen Öffentlichkeit und zum Schmerz des deutschen Steuerzahlers gab es die deutschen Verhandlungspartner nach; obwohl die Briten ihre in der Bundesrepublik stationierten Truppen reduzierten, erhält Grossbritannien in Form einer "Verteidigungshilfe" und Devisenzuschüssen fast den gleichen Betrag, den es in früheren Jahren als Besatzungsmacht in Anspruch genommen hatte.

Frankreich betrachtete dies als Präzedenzfall. Vorsorglich hat es in seinem Haushalt für das Jahr 1958/59 schon den Betrag von 200 Millionen Mark eingesetzt. Die französische Forderung ist umso aufreizender, als Frankreich auf deutschem Boden nicht über eine einzige kampffähige Division verfügt. Was einst an französischen Truppenbeständen in der Bundesrepublik vorhanden war, wurde zum allergrössten Teil in den Schmelztiegel des Algerienkrieges geworfen. Bei Abschluss des britisch-deutschen Abkommens über die Verteidigungshilfe betonte zwar ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, dies stelle keinen Präzedenzfall dar, aber wie schnell wird nun die Bundesregierung durch die französischen Forderungen widerlegt. Die gewisse nicht regierungsfeindlich eingestellte "Neue Zürcher Zeitung" bemerkte seinerzeit zum deutsch-britischen Abkommen: "Das Gefühl dominiert, dass die Bundesrepublik einmal mehr und vielleicht noch auf kaum absehbare Zeit hinaus verschiedenen NATO-Partnern als Milchkuh für Hartwährung und zum Ausgleich labiler Staatsbudgets zu dienen hat." Diese Schweizer Zeitung in gewisse ungewollter Übereinstimmung mit der Opposition sah klarsichtiger, was auf die Bundesrepublik zukommt, als unser Aussen- und Finanzminister, die in dieser Frage die Öffentlichkeit täuschten.

Es besteht kein Zweifel, dass Frankreich seine Forderung durchsetzen wird. Der Hinweis von Strauss, der Aufbau der Bundeswehr müsse sich durch die Leistung von Stationierungskosten an NATO-Partner verzögern, hat schon bei den Engländern nichts gefruchtet, noch weniger wird er es bei den Franzosen tun. Dass Zahlungen von Stationierungskosten eine Diskriminierung der Bundesrepublik sind, scheint die Bundesregierung, die sich doch so gern und oft auf ihre Souveränität beruft, nicht anzufechten. Seit Bestehen der NATO wurden rund 10 Milliarden Mark an NATO-Partner für dieses Konto aufgewendet; es gibt kein anderes NATO-Land, das für den Aufenthalt verbündeter Truppen auf seinem Boden so bleichen muss wie die bundesrepublikanischen Deutschen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel